



Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung

Niederschrift über die 31. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung am 13. November 2023

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:53 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Maximilian Schwarz

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Ahlers

Herr Jörg Burwitz

Herr Marco Jahns

Herr Albrecht Kiefer

Herr Holger Kliewe

Herr Frank Kracht

Herr Jens Kühnel

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Daniel Schossow

Herr Marco Schröder

Frau Anita Zimmermann

Stellvertreter/-in

Herr André Meißner

Vertretung für Herrn Branse

Von der Verwaltung

Frau Karen Hoppenrath

FDL 02

Frau Christine Fliegner

FDL 04

Herr Georg Rütting

FDL 13

Herr Maik Gronau

FDL 17

Herr Dietmar Schubotz

FGL 12.40

Herr Oliver Hack

SB Radwege/Verkehrsplanung

Herr Paul Jatzkowski

SB IT Schulen

Frau Anja Pfefferkorn

SB Kreistagsangelegenheiten

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Ernst Branse

entschuldigt

Frau Dr. Carmen Kannengießer

unentschuldigt

Frau Dr. Doris Schmutzer

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 5. Juni 2023, 26. Juni 2023 und 11. September 2023
5. Statusbericht zur Digitalisierung
6. Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0451/1
7. 1. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen für den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0528
8. Öffentlich-rechtliche Verträge über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung von touristischer Wegweisung entlang der Fernradwege "Ostseeküstenradweg" und "Fernradweg Hamburg-Rügen" im Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0517
9. Übernahme einer Kommunalbürgschaft (Ausfallbürgschaft) für die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH (Bodden-Kliniken) BV/3/0539
10. Beratung zum Thema „Regionalstrom im Landkreis Vorpommern-Rügen“
- 10.1. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Regionalstrom im Rahmen von Vergabeverfahren" A/3/0231
- 10.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0231: "Regionalstrom im Rahmen von Vergabeverfahren" A/3/0233
11. Abstimmung der Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2024
12. Anfragen
13. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

14. Bestätigung der Niederschrift nichtöffentlicher Sitzungsteil vom 26. Juni 2023
15. Beratung zum Thema "Regionalstrom im Landkreis Vorpommern-Rügen"
- 15.1. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Regionalstrom im Rahmen von Vergabeverfahren"
- 15.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0233: "Regionalstrom im Rahmen von Vergabeverfahren"
16. Anfragen
17. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schwarz eröffnet die 31. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung mit 10 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestätigt einstimmig die Tagesordnung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 5. Juni 2023, 26. Juni 2023 und 11. September 2023

Anmerkungen oder Ergänzungen zu den Niederschriften werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift vom 5. Juni 2023.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift vom 26. Juni 2023.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestätigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Niederschrift vom 11. September 2023.

5. Statusbericht zur Digitalisierung

Herr Gronau stellt den neuen Fachdienst 17 Digitalisierung und IT anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Ahlers betritt die Sitzung um 17:06 Uhr (11/15)

Herr Schossow betritt die Sitzung um 17:09 Uhr (12/15)

Herr Schröder erfragt, ob die 4,5 offenen Stellen unbesetzt oder woanders tätig seien.

Herr Gronau antwortet, dass diese Stellen unbesetzt seien. Zum Teil durch

Langzeiterkrankungen oder weil diese, aufgrund von mangelnden Bewerbungen, nicht nachbesetzt werden konnten. Demnächst werden aber neue Ausschreibungen erfolgen.

Weiterhin erfragt **Herr Schröder** den aktuellen Stand der digitalen Akten. Auch wenn der Landkreis diese einführt und andere Behörden noch hinterher hängen, müsse wieder auf die Papierform zurückgegriffen werden.

Herr Gronau bestätigt die Aussage von Herrn Schröder. Ihm sei kein konkretes Beispiel bekannt aber er könne sich diesen Werdegang dann vorstellen.

Herr Kiefer erfragt, ob die Schul-IT auch im Fachdienst 17 angesiedelt werde.

Herr Gronau verneint die Frage von Herrn Kiefer. Die Schul-IT sei nach wie vor in Verantwortung des Fachdienstes 13.

Außerdem erfragt **Herr Kiefer**, ob die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) nicht für 2022 geplant gewesen sei.

Herr Gronau führt aus, dass die erste Planung sogar noch früher angesetzt war. Die Verwaltung könne an vielen Stellen nicht weitermachen, da zentrale Vorgaben fehlen. Der Landkreis lasse sich die Portalanbindung noch offen, um auf die genauen Angaben zu warten, und konzentriere sich zunächst auf die internen Prozesse.

Auf Nachfrage von Herrn Kiefer bestätigt **Herr Gronau**, dass man in der Verwaltung mit den Microsoftlizenzen arbeite.

Herr Rüting gibt anhand einer Präsentation eine aktuelle Übersicht zur Schuldigitalisierung.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Kühnel erfragt, ob es sich noch gelohnt habe an der Schule am Heinrich-Heine-Ring etwas zu machen.

Herr Rüting teilt mit, dass an dem Standort Bürokauffrauen/-männer ausgebildet werden und dies ohne IT-Ausstattung nicht möglich sei. Insofern habe es sich auf jeden Fall gelohnt. Man habe auch darauf geachtet, dass die Technik weiterverwendet werden könne. Der Landrat habe sich vor Ort ebenfalls ein Bild der Schule gemacht. Daraufhin hatte man die Idee eine zeitweise Beschulung in Sassnitz vorzunehmen, was allerdings abgelehnt wurde. Die Leute vor Ort wollen vom Standort Heinrich-Heine-Straße nicht weg.

Herr Kiefer berichtet, dass er in Bezug auf die Rollouts nur positives Feedback wahrgenommen habe. Er erfragt, ob bei der geplanten Ausschreibung die Administration herausgenommen werden und beim Landkreis verbleibe solle.

Herr Kliewe betritt die Sitzung um 17:37 Uhr (13/15)

Herr Rüting antwortet, dass man durchaus darüber nachdenken könne, die Administration beim Landkreis zu belassen. Es werde derzeit an einer Wirtschaftlichkeitsprüfung zu der Ausschreibung gearbeitet, die dann nach Abschluss im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss vorgestellt werde.

Herr Schwarz erfragt, wie viele Mitarbeiter an der Thematik Schuldigitalisierung

arbeiten.

Herr Rütig teilt mit, dass ca. 4 ½ Stellen eingebunden seien.

Herr Jahns plädiere dafür, die Administration beim Landkreis Vorpommern-Rügen zu belassen.

Herr Gronau ergänzt zu der Aussage von Herrn Jahns, dass dies technisch realisierbar sei.

Herr Rütig informiert, dass die Verwaltung noch die Rolle des Kreismedienzentrums in der Thematik klären müsse.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Schwarz bedankt sich bei Herrn Gronau und Herrn Rütig für die Ausführungen.

6. Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Vorpommern-Rügen Vorlage: BV/3/0451/1

Herr Rütig begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Die Nachfrage von **Herrn Kiefer**, ob die Beschlussvorlage im Kreistag bezüglich eines Klimaschutzkoordinators im Frühjahr eine andere Stelle gewesen sei, bejaht **Herr Rütig**. **Herr Kiefer** teilt mit, dass bei vielen Ämtern großer Bedarf bestehe und seine Fraktion überlege einen Antrag auf dem Kreistag diesbezüglich einzubringen.

Herr Rütig informiert, dass der Klimaschutzkoordinator die Aufgabe habe die Kommunen zu beraten und Koordinationsaufgaben zu übernehmen. Die Beschlussvorlage zu einem Klimaschutzkoordinator wurde vom Kreistag mehrheitlich abgelehnt. Ein Klimaschutzmanager habe die Aufgabe im Rahmen des Netzwerkes des Klimaschutzkoordinators für den Landkreis Vorpommern-Rügen mitzuwirken.

Herr Schröder erfragt, ob es dann einen zweiten Klimaschutzmanager beim Landkreis geben werde.

Herr Rütig teilt mit, dass Herr Teschendorff derzeit die Aufgabe der Digitalisierung der Schulen übernehme. In dem Zeitraum werde es eine zweite Stelle eines Klimaschutzmanagers geben.

Herr Jahns merkt an, dass bei einem stetigen Stellenzuwachs der Kreisverwaltung die Kreisumlage immer weiter steige. Im Endeffekt müssen kleine Kommunen dann ihre Stellen abbauen, um diese bezahlen zu können und der Landkreis erhöht die Stellen weiter.

Herr Schwarz erfragt, ob eine andere Stelle, eventuell auch aus einem anderen Fachdienst, dafür gestrichen werden könne.

Frau Fliegner merkt an, dass die Verwaltung dem Fördermittelgeber die Schaffung einer zusätzlichen Stelle eines Klimaschutzmanagers nachweisen müsse.

Auf Nachfrage von **Herrn Schröder** teilt **Herr Rütig** mit, dass die jetzige Stelle des Klimaschutzmanagers nicht gefördert werde.

Herr Kliewe stimmt dem Redebeitrag von Herrn Jahns zu. Außerdem wünsche er sich für die kleinen Kommunen einen Koordinator, der bei Fragen zur Seite stehen könne.

Herr Schossow führt aus, dass er gegen diesen Beschluss sei. Das gesamte Bundesland und damit auch der Landkreis habe derzeit andere Probleme als den Klimaschutz. Der Industrie wurde der Garaus gemacht als Frau Merkel den Ausstieg aus der Atomenergie bekannt gegeben habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Ahlers** erklärt **Herr Rüting**, dass für die Förderung eine neue Stelle im Stellenplan für einen Klimaschutzmanager ausgewiesen werden müsse. Der Mitarbeiter der ebenfalls auf der vor einigen Jahren geschaffenen Stelle eines Klimaschutzmanagers sitze, werde derzeit im Interesse seiner Fähigkeiten im Fachdienst 13 für die Digitalisierung der Schulen eingesetzt.

Herr Schröder erfragt, ob der jetzige Stelleninhaber nicht auf eine Stelle im Bereich Schuldigitalisierung gesetzt werden könne, sodass die Stelle des Klimaschutzmanagers frei werde und keine neue geschaffen werden müsse.

Herr Rüting antwortet, dass der Landkreis dann für die Stelle des Klimaschutzmanagers keine Förderung erhalte.

Frau Hoppenrath unterstützt die Ausführungen von Herrn Rüting. Die Kreisverwaltung erhalte vermehrt Anfragen der Gemeinden zum Klimaschutz. Personell sei die Beantwortung so nicht mehr leistbar. Die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzkoordinators wurde vom Kreistag mehrheitlich abgelehnt. Sie stelle der Politik die Frage, wie die Verwaltung zukünftig damit umgehen solle.

Herr Schwarz teilt mit, dass das Interesse einer solchen Stelle in der Politik bestehe, jedoch keine neue Stelle geschaffen werden solle. Er bittet um Prüfung, ob es möglich sei, eine andere Stelle zu streichen, um im Fazit die Anzahl der Stellen im Stellenplan nicht zu verändern.

Herr Kühnel macht den Vorschlag, den jetzigen Stelleninhaber umzubesetzen und die Stelle des Klimaschutzmanagers abzuschaffen. Für den Zeitpunkt der Förderung schaffe man dann eine neue Stelle eines Klimaschutzmanagers, um rechtliche Fehler zu vermeiden.

Herr Rüting bestätigt, dass der Landkreis in der Summe keine zwei Klimaschutzmanager beschäftigen werde.

Herr Ahlers spricht sich gegen die schleichende Stellenplanerweiterung der Verwaltung aus.

Frau Fliegner ergänzt, dass nicht nur die Schaffung einer neuen Stelle, sondern auch die Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes Voraussetzung für die Förderung sei.

Herr Schwarz erfragt, bis wann das Klimaschutzkonzept fertig gestellt werden müsse.

Herr Rüting informiert, dass ein Klimaschutzkonzept auch die Möglichkeit biete Vergaben zu regionalisieren. Der Klimaschutzmanager solle nicht nur ein Konzept ausarbeiten, sondern danach auch dafür sorgen dieses umzusetzen und zu leben. Er gehe in etwa von einem Jahr Bearbeitungszeit für die Ausarbeitung aus.

Herr Kiefer merkt an, dass ein Klimaschutzkoordinator für die Gemeinden zwingend notwendig sei. Er erfragt, ob ein Klimaschutzmanager die Koordination auch leisten könne.

Herr Rütting teilt mit, dass dieser zumindest mehr leisten könne, als gar keine Stelle im Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Die Aufgabe des Klimaschutzmanagers sei aber im Vordergrund eine andere. Deswegen gebe es auch unterschiedliche Fördertöpfe für zwei verschiedene Stellen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung sprechen sich für die Beschlussvorlage aus, wenn die Summe der im Stellenplan ausgeschriebenen Stellen dadurch nicht steige.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Vorpommern-Rügen
2. Beantragung von Fördermitteln für das Klimaschutzkonzept sowie der damit verbundenen Stelle eines Klimaschutzmanagers bei der Projektträgerin Zukunft - Umwelt - Gesellschaft (ZUG) gGmbH
3. Schaffung einer projektbezogenen, befristeten Stelle eines Klimaschutzmanagers (m/w/d).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

7. **1. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen für den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/3/0528
-

Herr Schubotz begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Herr Kühnel verlässt die Sitzung um 18:13 Uhr (12/15)

Die Frage von **Herrn Schwarz**, ob der Landkreis dadurch auch mehr Geld vom Land erhalte, verneint **Herr Schubotz**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 1. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen für den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

8. **Öffentlich-rechtliche Verträge über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung von touristischer Wegweisung entlang der Fernradwege "Ostseeküstenradweg" und "Fernradweg Hamburg-Rügen" im Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0517**
-

Herr Hack begründet die eingebrachte Beschlussvorlage anhand einer Präsentation.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Jahns teilt mit, dass dies aus seiner Sicht auch für die Gemeinden eine gute Lösung sei. Damit habe sowohl der Landkreis als auch die Gemeinden keine Kosten.

Herr Kiefer erfragt, ob dem Landkreis durch die Planungen dann Kapazitäten bei der Radwegeplanung fehle.

Herr Hack berichtet, dass die Planungen hierfür schon im letzten Jahr durch ein Büro gelaufen seien, welches vom Land beauftragt wurde. Lediglich die Ausschreibung und die Vorbereitung der Verträge habe der Landkreis übernommen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Errichtung von touristischer Wegweisung entlang des Ostseeküstenradweges und des Fernradweges Hamburg-Rügen für die betreffenden Gemeinden zu unterzeichnen. Der Landkreis übernimmt die Planung und die Errichtung der Wegweisung, die Gemeinden übernehmen nach der Aufstellung der Pfosten und Schilder die Wegweisung an Gemeindestraßen und gemeindlichen Radwegen in die Straßenbaulast der Gemeinden. Die Wegweisung entlang von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen bleibt vom Vertrag unberührt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. Übernahme einer Kommunalbürgschaft (Ausfallbürgschaft) für die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH (Bodden-Kliniken)
Vorlage: BV/3/0539

Herr Schubotz begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Herr Schwarz erfragt, ob konkret vom Klinikum Anträge an Land und Bund zur Unterstützung gesendet wurden.

Herr Schubotz teilt mit, dass dies derzeit vorbereitet werde. Die Verwaltung werde sich auch an die Ministerpräsidentin des Landes M-V wenden.

Weiterhin erfragt Herr Schwarz, ob das Klinikum derzeit noch Rücklagen habe.

Herr Schubotz bejaht die Frage und merkt an, dass das Klinikum mit dem Kontokorrentkreditrahmen die Liquidität in diesem Jahr absichern könne.

Herr Kliewe erfragt die Höhe des Zinssatzes.

Herr Schubotz merkt an, dass er die genaue Höhe des Zinssatzes nicht wisse. Er werde dies aber mit Gesellschafter besprechen.

Herr Jahns führt aus, dass ohne diesen Beschluss die Liquidität nicht mehr gesichert sei. Deshalb stelle man sich bei der Abstimmung die Frage, ob man das Klinikum erhalten möchte oder nicht. Er sei sich sehr sicher, dass alle dieses Krankenhaus erhalten möchten.

Herr Schwarz merkt an, dass es auch von der Seite der Politik wichtig sei, den Bundesgesundheitsminister zur Verantwortung zu ziehen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die Übernahme einer kommunalen Ausfallbürgschaft für die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH in Höhe von 4.500.000 EUR

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10. Beratung zum Thema „Regionalstrom im Landkreis Vorpommern-Rügen“

10.1. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Regionalstrom im Rahmen von Vergabeverfahren"
Vorlage: A/3/0231

10.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0231: "Regionalstrom im Rahmen von Vergabeverfahren"
Vorlage: A/3/0233

Herr Kiefer begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

Herr Jahns merkt an, dass zunächst eine Analyse gemacht werden müsse, welche regionalen Anbieter überhaupt bestehen und ob die Anzahl vergaberechtlich ausreiche. Zudem sei er nicht damit einverstanden einem regionalen Anbieter 10 Extrapunkte zuzuschreiben, wenn dieser beispielsweise 10% teurer als andere sei. Im Landkreis stehen über 600 Windräder von nicht hier ansässigen Betreibern, weswegen dies für ihn kein regionaler Strom sei.

Herr Kracht begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Herr Schossow erfragt, wie viele regionale Anbieter aus Vorpommern-Rügen es bei dem jetzigen Ausschreibungsverfahren gegeben habe.

Herr Kracht antwortet, dass es einen Anbieter aus Vorpommern-Rügen und einen aus Neubrandenburg gegeben habe.

Frau Fliegner führt aus, dass der Sitz des Unternehmens als Maßgabe für regionalen Strom nicht entscheidend sei, sondern der Standort der Erzeugungsanlagen. Nach § 79 a des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) lasse sich das Produkt Regionalstrom genau definieren.

Herr Meißner merkt an, dass für ihn gerade der Sitz des Unternehmens und dem damit verbundenen Engagement der Firma im eigenen Landkreis wichtig sei und nicht der Standort der Erzeugungsanlage.

Herr Rüting führt auf Nachfrage von **Herrn Schwarz** aus, dass man die Regionalität in einem Vergabeverfahren mithilfe eines Klimaschutzkonzeptes vorgeben und begründen könne. Die Berücksichtigung sozialer Aspekte könne man bei einer Stromausschreibung nicht als Kriterium aufnehmen.

Frau Quintana-Schmidt verlässt die Sitzung um 18:40 Uhr (11)

Herr Jahns teilt mit, dass aus seiner Sicht auch bspw. Greifswald und Neubrandenburg unter Regionalstrom fallen.

Frau Fliegner stimmt Herrn Jahns zu und informiert, dass auch dies im § 79 a EEG geregelt sei. Demnach gilt als Regionalstrom ein Umkreis von 50 Kilometern um das Postleitzahlengebiet, in dem der Letztverbraucher den Strom verbraucht. Unter dieser gesetzlichen Grundlage könne keine Einschränkung vorgenommen werden. Sie merkt außerdem an, dass der erste wichtige Schritt ein entsprechendes Klimaschutzkonzept sei, in dem der Landkreis seine Vorgaben zum Regionalstrom verankere und sich bei der Ausschreibung darauf stützen könne.

Herr Schwarz erfragt, ob es für dieses Thema noch Experten mit dem nötigen Know-how gebe.

Herr Rüting antwortet, dass es innerhalb der Verwaltung einen Vergaberechtsjuristen gebe, der die von der Verwaltung vorgestellten Punkte genauso sehe. Grundsätzlich sei eine Ausschreibung von Regionalstrom im Rahmen eines Vergabeverfahrens zulässig, wenn ein Rechtfertigungsgrund gegeben ist.

Frau Fliegner ergänzt, dass der Vergaberechtsjurist zu dem Ergebnis gekommen sei,

dass es grundsätzlich möglich sei, wenn ein Rechtfertigungsgrund vorliege. Der Rechtfertigungsgrund sei das Klimaschutzkonzept, damit von der produktneutralen Ausschreibung abgewichen werden dürfe.

Herr Schwarz bedankt sich bei Frau Fliegner und Herrn Rüting und stellt fest, dass ein Klimaschutzkonzept benötigt werde und schlägt vor den Antrag inklusive Änderungsantrag zu einem späteren Zeitpunkt nochmal zu beraten.

Herr Kracht merkt an, dass es in dem Antrag um eine Handlungsempfehlung des Kreistages an die Verwaltung für kommende Ausschreibungen gehe.

Herr Schwarz antwortet, dass es in dem Antrag um einen Prüfauftrag gehe. Demnach solle die Verwaltung prüfen, ob eine Ausschreibung von Regionalstrom im Rahmen eines Vergabeverfahrens rechtlich zulässig sei. Diese Prüfung wurde durch die Verwaltung bereits vorgenommen und heute beantwortet. Aus seiner Sicht habe sich der Antrag damit erledigt.

Herr Kracht teilt mit, dass es ihm darum gehe, eine Empfehlung des Ausschusses über die heute in der Beratung besprochenen Handlungsempfehlungen an den Kreistag zu geben.

Herr Schossow und **Herr Jahns** stimmen Herrn Schwarz zu, dass der Prüfauftrag bereits durch die Verwaltung beantwortet wurde.

Herr Kracht erfragt Herrn Schwarz, ob aus seiner Sicht eine Empfehlung aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung nötig sei.

Herr Schwarz beneint die Frage von Herrn Kracht. Der gestellte Antrag habe sich erledigt. Für die heute besprochenen Handlungsempfehlungen werde ein neuer Antrag aus den Reihen der Fraktionen benötigt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

11. Abstimmung der Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2024

Änderungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung nimmt die vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2024 zur Kenntnis.

12. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

13. Mitteilungen

Frau Hoppenrath informiert, dass die IHK Rostock gemeinsam mit dem Welcome-Center des Landkreises Vorpommern-Rügen einen Rückkehrertag veranstaltet. Die Veranstaltung findet am 27. Dezember 2023 im Strelapark Stralsund und zum ersten Mal statt. Zielgruppe seien Rückzügler oder die, die es wieder werden wollen.

Außerdem teilt **Frau Hoppenrath** mit, dass bei der LEADER-Förderung die Prioritätenlisten beschlossen wurden. Die Projektantragsteller werden jetzt

aufgefordert die Anträge beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) einzureichen.

Zum Abschluss berichtet **Frau Hoppenrath**, dass demnächst die Einladungen zum Wirtschaftsbandnis verschickt werden.

Herr Kracht richtet herzliche GrüÙe von Herrn Dalski, langjähriges Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung, aus. Er wünscht dem Ausschuss gutes Gelingen. Ihm sei es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich seine Funktion als Kreistagsmitglied auszuüben.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung dankt Herrn Dalski für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm viel Gesundheit und alles Gute.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Schwarz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

03.04.2024, gez. M. Schwarz

Datum, Unterschrift
Maximilian Schwarz
Ausschussvorsitzender

03.04.2024, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin

Vorstellung Fachdienst 17

Digitalisierung und IT



Vorstellung des Fachdienstleiters Fachdienst 17

- 2009 - 2015 Hochschule Stralsund
- 2015 - 2023 Gründer & Geschäftsführer d. GWA Hygiene
- 2023 Fachdienstleiter Digitalisierung & IT Landkreis Vorpommern-Rügen

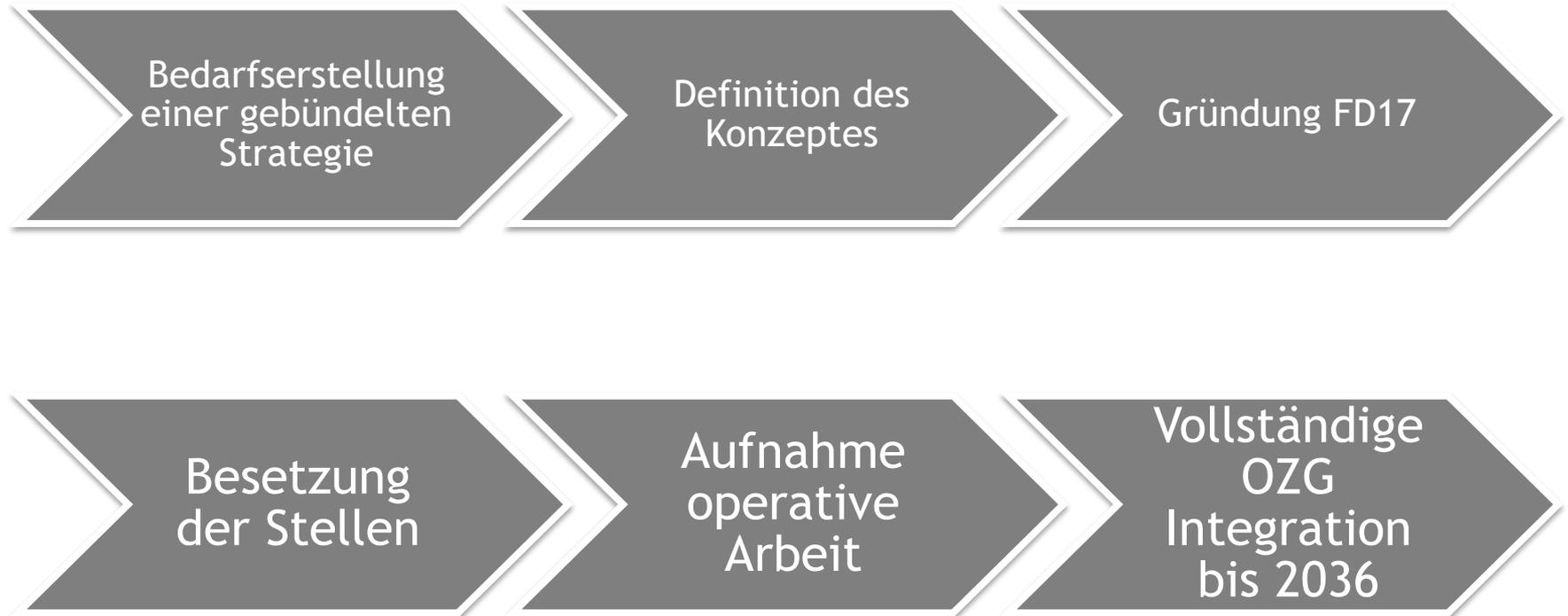
Leitbild:

In den nächsten 10 Jahren werden wir
an einem Punkt sein, an dem nahezu
alles digitalisiert wird.

Satya Nadella, CEO von Microsoft



Verlauf der Gründung des Fachdienstes 17



Fachdienst Digitalisierung und IT

Anzahl Nutzer:
1500+

Fachprogramme:
160

Anzahl an Projekten:
86

Drucker:
300+

Server:
400+

Switches:
144+

Fachdienst Digitalisierung und IT

Anzahl Nutzer:
1500+

Fachprogramme:
160

Anzahl an Projekten:
86

Drucker:
300+

Server:
400+

Switches:
144+

Stellen IT:
13,5 von 19

Stellen
Digitalisierung:
4

Was sagt eine KI zum Thema Digitalisierung und IT in der Verwaltung

E-Government
Digitale Transformation
Cybersecurity Governance
Bürgerportal
Datenanalyse für die öffentliche Verwaltung

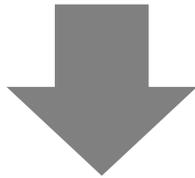
Mobiles Arbeiten
Automatisierung von Verwaltungsprozessen
Geografische Informationssysteme (GIS)
Open Data
Digitalisierung der Bildungseinrichtungen

Cloud-basierte Verwaltungslösungen
Bürgerservice-App
Digitale Aktenverwaltung
Smart City-Initiative
Blockchain für die öffentliche Verwaltung

Remote-Meetings und -Konferenzen
Elektronische Signaturen
Elektronische Identifikation (E-ID)
Chatbots und KI-gestützter Kundensupport
Data Governance in der Verwaltung

Welche Herausforderungen hat der Fachdienst?

- Fachkräftemangel
- Supportstruktur -
Anwendungsbetreuung
- Changemanagement
Weiterentwicklung



Ein Einsatz von KI?



„Nicht die KI wird
Ihren Arbeitsplatz ersetzen,
sondern die Person, die die
KI besser einsetzt!“



IT

- Compliance der IuK - Infrastruktur
- IT-Security
- Mail-Archiv

Digitalisierung

- Prozessdigitalisierung - Umsetzung von Fachverfahren (OZG)
- Elektronische Poststelle
- E-Akte - revisions sichere Ablage



Sachstand Schuldigitalisierung

Frank Winter (IT Koordinator Schulen)



Sachstand Schuldigitalisierung

Agenda

- abgeschlossene Rollouts
- Vorgehensweise bei RBB-Standorten
- Ausblick Rollouts übriger Standorte & Fazit
- Sachstand Ausschreibung



Förderschule Barth



- aktive Netzwerktechnik & Inbetriebnahme: Osterferien 2023
- digitale Tafeln folgten Mai 2023

Gymnasium Grimmen



- Rollout & administrative Inbetriebnahme: Sommerferien 2023
- Installation von 43 Tafeln

Ernst Moritz Arndt-Gymnasium Bergen



- Rollout & administrative Inbetriebnahme: Sommerferien 2023
- Installation von 55 Tafeln

Förderzentrum Grimmen



- Umstellung auf administrativen Betrieb durch LK VR: Herbstferien 2023
- Inbetriebnahme erfolgreich

Sonnenblumenschule Franzburg



- Umstellung auf administrativen Betrieb durch LK VR: Herbstferien 2023
- Inbetriebnahme erfolgreich

Förderzentrum „Pestalozzi“ RDG



- Rollout & Inbetriebnahme inkl. Tafeln: Herbstferien 2023

Rosenhofschule RDG



- Rollout & Inbetriebnahme inkl. Tafeln: Herbstferien 2023

- Ausstattung mit digitalen Tafeln:
 - RBB HST: Lübecker Allee
 - RBB HST: Vilmer Weg
 - RBB HST: Heinrich-Heine-Ring
 - RBB Sassnitz
 - RBB RDG
- Optimierungsmaßnahmen an vorhandenen Netzwerken
- Rollouts gemäß Planung

- Rollout aller Schulen wird nach Sommerferien 2024 abgeschlossen sein:
 - RBB Sassnitz: Ende 2023/ Winterferien 2024
 - RBB Lübecker Allee: Winterferien 2024
 - RBB Heinrich-Heine-Ring: Winterferien 2024
 - RBB Vilmer Weg: Osterferien 2024
 - RBB Velgast: Osterferien 2024
 - RBB RDG: Sommerferien 2024
 - Wossidlo-Gymnasium RDG: Sommerferien 2024

- administrativer Betrieb durch LK VR gewährleistet
- perspektivischer Betrieb in Kooperation mit Dritten laut Ausschreibung

Fazit



- positives Feedback von Schulleitungen/ Lehrkräften
- ursprgl. gefasste Zeitplanung kann wieder eingehalten werden
- erfolgreicher Betrieb in Support/ Wartung/ etc. durch LK VR

Ausschreibung

- Ausschreibung laut KT-Beschluss in Vorbereitung
- Eckdaten:
 - Bereitstellung von MDM, Ticketsystem, Cloud-Backup
 - etappenweise Integration in Rechenzentrum innerhalb der ersten Phase der Laufzeit
 - anschließende Bereitstellung o.g. Leistungen und weiterer Schul-IT-relevanter Komponenten in Rechenzentrum des Dienstleisters
 - Administration durch LK VR
 - Support aktiver Netzwerktechnik
 - Lizenzmanagement & Beschaffung
 - Beschaffungsmodell für PCs, mobile Endgeräte und sonstige Peripherie



BV/3/0517

Öffentlich-rechtliche Verträge über eine
zeitweise Aufgabenübertragung nach
§ 165 Kommunalverfassung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur
Errichtung von touristischer Wegweisung
entlang der Fernradwege
"Ostseeküstenradweg" und "Fernradweg
Hamburg-Rügen" im Landkreis
Vorpommern-Rügen

Aktuelle Situation

- Auf Rügen Beschilderungsprogramm mit Hilfe von LEADER-Mitteln aus dem Jahr 2017.
- Im Festlandbereich, ehemals NVP, bislang noch keine systematische Beschilderung.
- Teilweise unterschiedliche Schildertypen für touristische Wegweisung.
- FGSV(Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen)-Standard ist nicht überall vorhanden.

Aktuelle Situation

- Teilweise sind Schilder vorhanden, die nicht dem Regelwerk der FGSV entsprechen.



- Ebenfalls sind teilweise keine Einhänger für die Routen vorhanden.

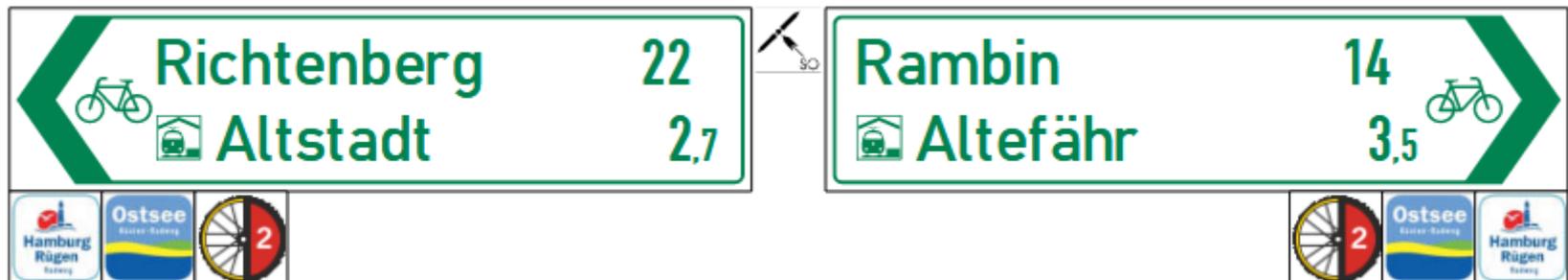


- Zwischenwegweiser wurden bislang noch nicht flächendeckend eingesetzt.



Gewünschte Situation

- Es werden Zwischenwegweiser eingesetzt, die günstiger und leichter zu ersetzen sind, falls sie beschädigt werden, oder aus anderen Gründen ersetzt werden müssen.
- Es gibt eine kontinuierliche Beschilderung.
- Es sind flächendeckend Einhänger mit den Routenpiktogrammen zu finden.



Öffentlich-rechtlicher Vertrag

- Die Beschilderung wurde vom Land initiiert, die Gelder für die Umsetzung stammen ebenfalls zu 100% aus Landesmitteln.
- Da es sich um eine Aufgabenübertragung handelt (der Landkreis baut auch für die Gemeinden an den gemeindlichen Straßen und Wegen), ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag notwendig.
- Der Vertrag regelt, dass der Landkreis die Schilder plant und baut. Die Gemeinden übernehmen die Schilder im Anschluss.
- Der Vertrag gilt nur für Gemeindestraßen und -wege. Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind ausgenommen.